



Pressemitteilung

Bayerischer Lehrer- und
Lehrerinnenverband e. V.

Pressereferat

Nr. 61

München, 01.12.2009

Bavariaring 37
80336 München
Postfach 15 02 09

Tel. 089/721001-28
Fax 089/721001-55
presse@bllv.de
www.bllv.de

Idee der Inklusion noch nicht mit Leben erfüllt

Ratifizierung der UN- Konvention für Rechte von Menschen mit Behinderung jährt sich / Bayerischen Schulen fehlen noch immer Voraussetzungen zur Umsetzung

Pressereferentin
Andrea Schwarz M.A.

München - Am 4. Dezember jährt sich die Ratifizierung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung - an bayerischen Schulen ist von der seit Januar verbindlichen Umsetzung der darin enthaltenen Inklusionsidee aber nur wenig zu spüren. Der Leiter der Fachgruppe Förderschule im Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV), Frank Tollkühn, und BLLV-Präsident Klaus Wenzel sehen die Anerkennung der UN-Konvention positiv. Bevor sich am Donnerstag der Bayerische Landtag mit dem Thema befasst, erklärten beide: „Inklusion ist eine Chance, sie ist Auftrag und Herausforderung. Allerdings sind die Voraussetzungen für eine verbesserte Inklusion immer noch nicht geschaffen. "So würden Schulen trotz massiver Probleme wie steigende soziale Heterogenität, Verhaltensauffälligkeiten oder belastendem Übertrittsdruck im Stich gelassen. „Die Lehrkräfte sollen zwar immer häufiger Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Unterricht gerecht werden, finden aber denkbar schlechte Voraussetzungen vor. Es fehlen Beratungslehrer, Schulpsychologen oder Sonderschullehrer im Mobilen Sonderpädagogischen Dienst (MSD), durch die alle Schüler in allgemeinen Schulen individuell gefördert werden sollen“, kritisierten beide. Zwar sei gerade der MSD gefragt wie nie, Eltern und Schüler müssten aber oftmals viele Wochen auf einen Termin warten. „Nach der dann endlich erstellten Beratung und Diagnose sind sie wieder allein. Die Umsetzung der Inklusionsidee erfordert aber ein intaktes Unterstützungssystem.“

Die langen Wartezeiten und die unzureichende längerfristige Begleitung in Einzelfällen erklären sich aus der steigenden Nachfrage und der personellen Engpässe beim MSD. Pro Kind stehen pro Woche lediglich zwischen einer halben und knapp einer Lehrerstunde zur Verfügung, bayernweit beanspruchen diesen Dienst derzeit rund 18.000 Schüler, bei 541 Vollzeit-Lehrerstellen. „Obwohl die Lehrerinnen und Lehrer des MSD die Verantwortung für eine große Zahl von Schülern tragen, müssen sie mit einem schmalen Zeitbudget auskommen. Mit minimalem Aufwand sollen sie Diagnostik, Beratung und Förderung im Einzelfall erfüllen“, kritisierte Tollkühn und forderte eine massive Aufstockung des Personals sowie mehr Zeit für Diagnostik, Förderung, Kooperation und Beratung. „Ansonsten werden sich die Schülerkrisen in Lehrerkrisen verwandeln“, warnte er.

Im Ministerium hätten bereits zwei Verbandsanhörungen zum Thema Inklusion stattgefunden. Das sei grundsätzlich zu begrüßen, so Tollkühn. Er bezeichnete den neuen bayerischen Weg ‚Inklusion durch Kooperation‘ und die dargestellten Weiterentwicklungen wie den Ausbau von Kooperationsklassen als wichtige Schritte. „Es handelt sich aber nach wie um eine lediglich additive Kooperation zweier Schulformen, ohne dass überprüft wird, ob diese dafür die Voraussetzungen mitbringen.“ Aus seiner Sicht benötige Inklusion den Aufbau regionaler Bildungsnetze, „die Gemeinschaft ermöglichen sowie eine Lehrerbildung, die auf diese Aufgabe vorbereitet.“

„Wer die UN- Konvention mit Leben erfüllen will, muss viel Geld in die Hand nehmen“, sagte Wenzel. Inklusion erfordere kleine Klassen, überschaubare Gruppen, genügend Fachpersonal und ein schlüssiges Förderkonzept. Er stellte fest, dass für eine optimale Förderung nach wie vor einfachste Voraussetzungen fehlten: „Die Schulen brauchen motivierte Mitarbeiter/innen. Sie werden aber oftmals mit befristeten Verträgen abgeseigt und wissen nicht, wie sicher ihr Arbeitsverhältnis ist.“

Aus Sicht des BLLV sollte die Trennung zwischen Regel- und Förderschule durchlässiger gestaltet werden, so dass mehr Kinder als bisher an Regelschulen unterrichtet werden können. Zusätzlich erschwert werden die Umsetzung der UN-Konvention auch durch das stark gegliederte Schulsystem in Bayern: „Die Verteilung der Schüler auf verschiedene Schularten konterkariert inklusive Strukturen.“ ♦